

Gemeinde Hilzingen, Hauptstraße 36, 78247 Hilzingen

Bereich: Hauptamt
Verfasser: Markus Wannenmacher
Aktenzeichen: 216

Datum	Gremium	Zuständigkeit	Öffentlichkeitsstatus
04.05.2021	Gemeinderat	Entscheidung	öffentlich

Sitzungsvorlage 2021/107

Schulangelegenheiten

Entwicklung des Schulstandortes Riedheim bzw. der Eduard-Presser-Grundschule Riedheim

a) Antrag des Ortschaftsrates Riedheim vom 8. März 2021 auf Einrichtung einer Ganztagesbetreuung für die GS Riedheim

Sachverhalt

In der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses (VFA) am 16. März 2021 wurde unter Einbeziehung der Schulleitungen sowohl der Eduard-Presser-Grundschule Riedheim als auch der Peter-Thumb-Schule (Gemeinschaftsschule) Hilzingen die Weiterentwicklung des Schulstandortes Riedheim sehr sorgfältig diskutiert.

Im Anschluss an die Beratung nahm der VFA einstimmig die für diese Sitzung erstellte Sitzungsvorlage aufgenommenen Beschlussvorschläge an. Diese lauteten

- 1.) Der Schulstandort Riedheim ist für die zukünftige Schulplanung ein wichtiger Bestandteil und muss, gegebenenfalls auch mit entsprechendem Ganztagesangebot flankiert, erhalten bleiben.
- 2.) Verwaltungsseitig soll geprüft werden, ob aktuell bzw. mit dem neuen Förderprogramm für einen Hort oder eine andere kommunale Betreuung in Richtung Ganztagesbetrieb eine finanzielle Förderung (Bau von zusätzlichen Räumen, Laufender Betrieb) zu erhalten ist.
- 3.) Eine Befragung der Eltern/Erziehungsberechtigten, die mit der bereits im Kindergartenbereich anvisierten Elternumfrage gekoppelt werden soll, soll Aufschluss über die vorhandenen Bedürfnisse und Wünsche bringen, die gegebenenfalls bei einer weiteren Planung der schulorganisatorischen Gesamtkonzeption in Hilzingen im Rahmen der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten und der konkreten Umsetzbarkeit auch berücksichtigt werden könnten.
Die Ergebnisse sollen so schnell wie möglich vorliegen, um die gesamtkonzeptionelle Planung mit den entsprechenden Rahmenbedingungen im Jahr 2021 beauftragen zu können.

...

- 4.) Zum Schuljahresbeginn September 2021 (Schuljahr 2021/2022) sind keine weiteren Klassenräume an der GS Riedheim notwendig, um die Schüler unterrichten zu können. Alle sicherheitsrelevanten Punkte der sicherheitstechnischen Begehungen werden, sofern noch nicht geschehen, behoben.

Dem Antrag des Riedheimer Ortschaftsrates, dass die Verwaltung noch vor dem 01. April 2021 den Antrag zur Einrichtung einer Ganztagesbetreuung für die Eduard-Presser-Grundschule Riedheim stellt und darüber hinaus prüft, welche Möglichkeiten zur Essensversorgung und -Ausgabe es als Übergangslösung, bis die Baumaßnahmen abgeschlossen sind, gibt, kann in Folge der aktuellen Beschlusslage des VFA nicht entsprochen werden.

Finanzielle Auswirkungen

Mit diesem Beschluss sind derzeit keine finanziellen Auswirkungen verbunden.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag auf Einrichtung einer Ganztagesbetreuung für die Eduard-Presser-Grundschule zum jetzigen Zeitpunkt muss daher abgelehnt werden. Die Beschlüsse der VFA-Sitzung vom 16. März 2021 werden entsprechend umgesetzt.

Hilzingen, den 26. April 2021



Markus Wannemacher
Hauptamtsleiter



Holger Mayer
Bürgermeister

Anlage 1 öffentlich: Antrag Ortschaftsrat Riedheim vom 08. März 2021
Anlage 2 Öffentlich: Artikel Ganztagsbetreuung Schule

Betreff: Antrag des Ortschaftsrates Riedheim an den Gemeinderat Hilzingen: Ganztagsbetreuung in der Eduard-Presser-Grundschule Riedheim

Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates

Fr. Aden-Ziser – die Rektorin der Eduard-Presser-Grundschule Riedheim – hat in der öffentlichen Sitzung des Riedheimer Ortschaftsrates am 24.02.2021 verschiedene Anliegen der Schule vorgetragen und um Unterstützung gebeten. Nach Anhörung ihres sehr ausführlichen Berichtes und ausgiebiger Diskussion hat dann unser Gremium einstimmig beschlossen, sich darum zu kümmern und entsprechende Anträge bei der Verwaltung einzureichen...

Ganztagsbetreuung in der Eduard-Presser-Grundschule Riedheim:

Es besteht schon seit längerem der Wunsch, auch in Riedheim eine Ganztagsbetreuung anzubieten. Bisher ist das aber (unter anderem) daran gescheitert, dass kein Raum zur Verfügung steht und kein Essen angeboten werden kann. Grundsätzlich wäre es nun zwar möglich, dieses Thema im Rahmen des Gesamtkonzeptes „Umbau-/Erweiterungsmöglichkeiten Schule“ anzugehen, für dessen Planung bereits Mittel in der Investitionsplanung eingestellt sind. Allerdings sind wir der Meinung, dass es auch vorab schon möglich sein sollte, die Ganztagsbetreuung als „Übergangslösung“ zu realisieren, bis die anderen „Baumaßnahmen“ umgesetzt sind. Wir könnten uns z.B. eine Essensausgabe in der ehemaligen Lehrerwohnung und eine Versorgung durch den Caterer vorstellen, der ja jetzt schon den Riedheimer Kindergarten beliefert.

Ein entscheidendes Argument für eine schnelle Realisierung so einer „Übergangslösung“ könnte der Zeitfaktor sein, denn erfahrungsgemäß dürften für eine vernünftige Planung und Umsetzung der „Baumaßnahmen“ noch einige Jahre vonnöten sein. Und da im Koalitionsvertrag unserer Bundesregierung ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2025 vereinbart ist, dürfte das eher knapp werden. Folglich würden wir empfehlen, dieses Thema schnellstmöglich anzugehen und nicht abzuwarten, bis wir ev. in Zugzwang geraten, denn vermutlich droht dann den Schulen ohne Ganztagsbetreuung eine Schließung. Erwähnenswert ist noch, dass der Antrag seitens Schulträger jeweils bis zum 1. April eingereicht werden muss, wenn die Ganztagsbetreuung im folgenden Schuljahr möglich sein soll.

Folglich stellt der Riedheimer Ortschaftsrat hiermit folgenden Antrag:

Die Ganztagsbetreuung für die Eduard-Presser-Grundschule in Riedheim sollte möglichst noch vor dem 01.04.2021 von der Verwaltung beantragt werden und gleichzeitig sollte überprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt, die Schule mit Essen zu versorgen und das Essen an die Schüler auszugeben (als „Übergangslösung, bis die „Baumaßnahmen“ abgeschlossen sind).

Mit freundlichen Grüßen
Walter Mayer (Ortsvorsteher)
für den Ortschaftsrat Riedheim

Ortsverwaltung Riedheim
Ortsvorsteher Walter Mayer
Eduard-Presser-Straße 25
78247 Riedheim
07739 / 228
ortsvorsteher@riedheim.info

POLITIK

DONNERSTAG, 22. APRIL 2021

Acht Stunden Betreuung

Ganztagsanspruch für Grundschüler geplant

Was in einigen Bundesländern schon üblich ist, soll in ganz Deutschland möglich werden: die ganztägige Betreuung von Kindern in der Grundschule. Ab 2025 soll es darauf einen Rechtsanspruch geben. Der Gesetzentwurf dazu liegt vor, die Zeit wird aber knapp.

Kinder, die ab dem Schuljahr 2025/2026 in Deutschland eingeschult werden, sollen in den ersten vier Schuljahren einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung bekommen. Das geht aus einem gemeinsamen Entwurf für ein "Ganztagsförderungsgesetz" von Bundesfamilien- und Bundesbildungsministerium hervor. Er ist zwar innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgestimmt, das Vorhaben könnte aber bereits in der kommenden Woche im Bundeskabinett auf den Weg gebracht werden.

Kinder in der Grundschule sollen demnach Anspruch auf mindestens acht Stunden Betreuung - einschließlich Schule - an Wochentagen "bis zum Beginn der fünften Klassenstufe" bekommen, heißt es. Die Formulierung soll sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler bis einschließlich der Sommerferien nach der vierten Klasse einen Platz sicher haben, egal wie das jeweilige Bundesland die Länge des Schuljahrs definiert. Ganztagsangebote soll es auch während der Ferien geben. Erlaubt sein sollen im ganzen Jahr maximal vier Wochen Schließzeit.

Union und SPD hatten die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Über die Umsetzung wird aber wegen der immensen Kosten in Milliardenhöhe bis heute mit den Bundesländern gestritten. Zwar wird vor allem in den ostdeutschen Ländern, in Berlin und in Hamburg bereits ein Großteil der Grundschüler ganztägig betreut - entweder vormittags in der Schule und nachmittags im Hort oder in einer Ganztagschule. In anderen Ländern müsste aber für die Aufstockung von Betreuungsplätzen noch viel in Räumlichkeiten an den Grundschulen investiert werden.

Vorhaben ist teuer

Zudem wird mit laufenden jährlichen Betriebskosten von bis zu vier Milliarden Euro gerechnet und es werden zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher an den Grundschulen gebraucht - mehr als 33.000, ergab eine Studie des Instituts für

Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg. Die Länder fordern vor diesem Hintergrund mehr Geld und mehr Unterstützung vom Bund. Bereits zugesagt hat die Bundesregierung 3,5 Milliarden Euro für Investitionen an den Schulen und eine laufende Beteiligung an den Betriebskosten. Im Gesetzentwurf werden für die Betriebskosten jährlich dreistellige Millionenbeträge ab 2026 von Bundesseite genannt.

Trotzdem: "Über die Kostenteilung zwischen Bund und Ländern haben wir nach wie vor keine Einigung - noch nicht. Wir arbeiten intensiv daran", schreibt Bundesfamilienministerin Franziska Giffey auf ihrer Facebook-Seite. Deshalb ist weiter offen, ob es mit dem Vorhaben bis zum Ende der Regierungszeit der Großen Koalition noch etwas wird. Nach dem Kabinett müsste das Gesetz noch durch Bundestag und Bundesrat. Die Zustimmung der Länderkammer ist wegen des Streits über die Finanzierung aber ungewiss. Bis zur Bundestagswahl im Herbst wird die Zeit immer knapper. In jeder Wahlperiode fallen Gesetze, die nicht abschließend beraten werden, der sogenannten Diskontinuität zum Opfer: Sie verfallen.

Die SPD-Politikerin Giffey und ihre Kabinettskollegin, Bundesbildungsministerin Anja Karliczek, wollen das verhindern: "Wir hoffen sehr, dass wir uns noch bis zum Ende der Wahlperiode mit den Ländern über die Finanzierung einigen werden", hatte die CDU-Politikerin vor wenigen Tagen gesagt.

Entlastung vor allem für Mütter

Nach Ansicht beider Ministerien ist die Schaffung eines bundesweiten Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an den rund 15.000 Grundschulen in Deutschland aus mehreren Gründen nötig: 74 Prozent aller Eltern wünschten sich ein an den Unterricht anschließendes Bildungs- und Betreuungsangebot, heißt es im Gesetzentwurf. Außerdem gehe es um bessere Teilhabechancen von Kindern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichberechtigung von Frauen und Männern und um Fachkräftesicherung für Arbeitgeber. "Vor allem Mütter stecken beruflich noch immer zu oft zurück", **schreibt Giffey bei Facebook.**

Im Entwurf heißt es weiter: "Zudem können qualitativ hochwertige außerschulische Angebote in Ergänzung zum Unterricht einen Beitrag zu erfolgreichen Bildungsbiografien von Schülerinnen und Schülern leisten." Als Argument wird auch angeführt, dass ein bundesweiter Rechtsanspruch "sowohl zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse (in Deutschland) als auch zur Wahrung der Wirtschafts- sowie der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse" erforderlich sei.

Quelle: ntv.de, Jörg Ratzsch/ino/dpa